

3 Jahre Abstimmung für die Rosenthalhäuser: JA zu neuer Motion und alter Einsprache

Grosser Rat soll Abbruchverbot jetzt zementieren!

Auf den Tag genau zum dritten Jahrestag des vom Stimmvolk verhängten Abbruchverbots über die Rosenthalhäuser wird die Motion Jans II eingereicht. Zusammen mit einer Nachbareinsprache soll die Motion das juristisch-politische Hickhack um die Rosenthalhäuser endlich beenden.

Die Stimmbevölkerung hat ein Anrecht darauf, dass das am 22. September 2002 zu Stande gekommene Abstimmungsergebnis - Gutheissung des Referendums gegen einen Abbruch der Rosenthalhäuser - ernst genommen wird. Dies verlangt der Mieterinnen- und Mieterverband (MV Basel), der das Referendum erfolgreich ergriffen hat, von der Basler Regierung. Es ist unhaltbar, dass die zufriedenen Mietparteien im voll vermieteten Wohnblock auch heute noch, nach drei Jahren, die **juristischen Spitzfindigkeiten des Baudepartements im Verbund mit der Eigentümerin** fürchten müssen.

Mit einer breit abgestützten ¹⁾ **Motion** soll nun die Regierung auch vom Grossen Rat aufgefordert werden, einen Schlusstrich unter das juristisch-politische Hickhack rund um das Abbruchverbot der guten und günstigen Wohnhäuser zu ziehen. Die am Jahrestag eingereichte «Motion Jans II» verlangt - ohne eine Schuldzuweisung vorzunehmen -, den Planungsprozess rund um die Rosenthalhäuser zu beenden und den Abstimmungsentscheid zu respektieren.

Parallel dazu bittet der MV Basel den Grossen Rat im Namen der Mieterschaft, die - zufällig ebenfalls dieser Tage dem Ratsplenum vorgelegte - **Einsprache** eines Nachbarn und Architekten aus dem Jahre 2001 gutzuheissen. Die Einsprache, die sich gegen die gescheiterte Neuplanung richtet, ist juristisch klar begründbar. Der MV Basel erinnert daran, dass die «Zürich-Versicherung» bereits im Vorjahr vor Bundesgericht abgewiesen wurde mit ihrem Versuch, diese Einsprache aus juristischen Gründen zu bodigen. Schon 2002 war auch die Regierung mit ihrem Einsprache-Nein gescheitert, damals am Stimmvolk.

Der MV Basel hält diese Einsprache nach dem Abstimmungs-Nein zur Neuplanung für gegenstandslos, und es ist **unverständlich**, dass diese Einsprache jetzt erneut den Grossen Rat beschäftigen muss. In dieser Situation kann der juristisch korrekte Weg nur in einer Gutheissung der Einsprache durch den Grossen Rat bestehen.

1)

Die «Motion Jans II» ist breit abgestützt. Initiiert ist sie von SP-Präsident Beat Jans, Zweitunterzeichnende ist unsere Geschäftsführerin Patrizia Bernasconi (Basta!), mitunterzeichnet ist sie von Mitgliedern der SP (u.a. Christine Keller, Sibylle Schürch und Jörg Vitelli, der DSP (Stephan Maurer), der SVP (Kurt Bachmann), der Basta! (Margrith von Felten, Heidi Mück und Urs Müller-Waltz) sowie den Grünen (Michael Wüthrich).